

Aktuelles und Wissenswertes
aus Beamten- und Tarifrecht

- **Stellenkürzungen bei Aufgabenmehrung – das passt nicht!**
- **Moderne Arbeitswelt**
- **Besoldungsklage**
- **Personalratswahlen 2021**



Rückblick 2.0

In der Krise zeigt sich die Stärke von Gesellschaften und Organisationen. Es gibt langsam Licht am Horizont, insbesondere, wenn jetzt auch Beschäftigte im öffentlichen Dienst verstärkt geimpft werden. Mit welchem Impfstoff auch immer.

Das betrifft vor allem Lehrer-innen, Erzieher-innen, Beschäftigte im Gesundheitswesen, in der Pflege und bei der Polizei und wir finden gut dass diese Kolleginnen und Kollegen nun die Chance haben sich vor Corona schützen zu können.

Aber auch in der allgemeinen Landesverwaltung gibt es einen kleinen, durchaus überschaubaren Personenkreis, für den diese Möglichkeit auch wichtig und angebracht wäre. Das sind die Kolleginnen und Kollegen, die für das Land in den nicht vermeidbaren Außendienst gehen müssen und dort durchaus auch mal unangenehme Begegnungen haben. In den Erstaufnahmeeinrichtungen, bei Arbeitsunfällen, Kontrollen am Flughafen, Betriebsbesichtigungen – was halt unbedingt gemacht werden muss – können die geforderten und notwendigen Abstände nicht immer eingehalten werden. Es geht um den Schutz dieser Kolleginnen und Kollegen, deren Gefährdung minimiert werden sollte. Wir fordern daher, allen in diesen Bereichen Tätigen ein Impfangebot zu machen.

Stellenkürzungen bei Aufgabenmehrung – das passt nicht!

Die Corona-Pandemie muss für Vieles herhalten, so auch mit Ausnahme von Polizei und Lehrer-innen für das Streichen nahezu aller neu vorgesehenen Stellen, die für die Aufgaben eingeplant waren. Die sogenannten „Chefgespräche“ sind deshalb auch ausgefallen bzw. waren ruckzuck fertig: es musste so viel Geld in Corona investiert werden, dass für die anderen zusätzlichen Aufgaben keine Personalkosten mehr entstehen durften.

Davon betroffen waren zahlreiche neue Aufgaben und auch welche mit erheblichem Aufgabenzuwachs, für den nachgeordneten Bereich mehrere hundert Stellen. Da der Personalbestand sowieso auch wegen zunehmender Ruhestandsversetzungen und Altersrenten am Boden und die Rekrutierung neuen Personals zumindest im gehobenen Verwaltungsdienst schwierig ist, wird es immer problematischer, die auch aufgrund von EU-Richtlinien notwendigen Stellenzuweisungen und wichtigen Tätigkeiten u. a. im Arbeitsschutz, Umweltbereich und auch Einbürgerungen und Ausländerwesen gut und wie vom Gesetzgeber gewünscht wahrnehmen zu können. Das fällt jetzt leider aus und die **Kolleginnen und Kollegen empfinden einen immer stärkeren Arbeitsdruck**. Und hier rächt sich auch die verhaltene Ausbildung der letzten Jahre im Tarif- und Beamtenbereich, weil jetzt einfach gut ausgebildete Leute fehlen.

Die Ministerien und die Regierungspräsidien sind alle sehr stark mit ihren unterschiedlichen Aufgaben durch die Pandemie eingebunden. Die **Ministerien**, speziell das HMdIS durch die diversen Task Forces und Pandemiestäbe, bei denen auch zahlreiche Beschäftigte aus den RPn unterstützen, die Regierungspräsidien durch die zusätzlichen Aufgaben aufgrund der Pandemie.

Im **RP Darmstadt** sind das die mit 3 bis 4 Stunden pro Antrag sehr aufwendig zu bearbeitenden Verdienstausschuss- Entschädigungen z. B. für Quarantäne-Anordnungen der Gesundheitsämter nach § 56 Abs. 1 und 1a IfSG, wo es derzeit über 55.000 Anträge gibt, von denen gut 40% bereits bearbeitet sind. Hierfür mussten aus allen Abteilungen rund 170 Personen überwiegend aus dem gehobenen und höheren Dienst abgestellt werden.

Minister Beuth hat nun die Priorisierung geändert und es müssen demnächst fast alle Beschäftigten aus den Ausländerdezernaten abgezogen werden, um ihre eigentliche

Aufgabe wahrzunehmen. Die Entschädigungszahlungen bleiben aber ministeriell priorisiert. Die Regierungspräsidentin erkennt an, dass die „normalen“ Aufgaben zurückstehen müssen und informiert die Ministerien regelmäßig, welche Mitarbeiter-innen nicht ansprechbar sind und welche Aufgaben daher zurückstehen müssen. Das finden wir gut. Jetzt müssen sich die Ministerien nur noch daran halten...

Das **RP Gießen** ist die Bewilligungsstelle für die November/Dezemberhilfe des Bundes – da ist auch reichlich zu tun –, es vergibt die Corona-Überbrückungshilfen für Unternehmen und Solo-Selbständige und Entschädigungen für Arbeitgeber nach § 56 IfSG. Auch hier werden über 100 Beschäftigte aus den Dezernaten für die Aufgabenerledigung herangezogen.

Dem **RP Kassel** wurde im Frühjahr 2020 federführend das Projekt „Corona-Soforthilfe“ übertragen, unterstützt wurde auch aus den anderen RPn. Das Projekt konnte noch nicht beendet werden, da zahlreiche Rückforderungen und Klageverfahren zu bearbeiten sind. Zudem wurden Mitarbeiter aus der IT zur Unterstützung der Impfzentren abgeordnet, weitere Mitarbeiter-innen helfen bei der Dezemberhilfe. Zuletzt wurde Anfang 2021 das Projekt Notfallkasse Hessen übertragen.

Außerdem gibt es dort wegen der Systemumstellung bei der **Beihilfe** massive Probleme, weshalb auch befristete Arbeitsverträge zur Unterstützung abgeschlossen werden durften. Das ist für Beschäftigten in der **Beihilfe** eine besondere Herausforderung und Belastung, weil sie ihren eigenen Leistungsansprüchen wegen der langen Bearbeitungszeit nicht gerecht werden können. Ihnen sagen wir: **Durchhalten!** Irgendwann funktioniert das System und es wird besser! Hoffentlich.

Die hessischen **Ämter für Versorgung und Soziales** unterstützen ebenfalls bei der Überbrückungshilfe und vermitteln zusammen mit der Koordinierungsstelle im HMdIS zusätzlich Personal für die Unterstützung in den Alten- und Pflegeeinrichtungen.

Alle RPn unterstützen mit ihren Beschäftigten auch die Gesundheitsämter bei der Nachverfolgung der Infektionsketten und auch die Impfaktionen.

Es ist reichlich für alle zu tun und das hat auch aus Sicht der DVG Hessen Vorrang; allerdings sind wir auch sicher, dass die Forderungen der Politik und Ministerien nach Erledigung der von ihnen als wichtig anzusehenden Aufgaben nicht lange auf sich warten lassen werden.

Und hier sagen wir STOP!

Für den enormen Einsatz der Beschäftigten in den diversen Sonderaufgaben, aber auch von denen in Dezernaten Tätigen, die mit großem Einsatz alles aufzufangen versuchen, erwarten wir **Fairness in der Anerkennung und Bewertung**. Und damit ist ausdrücklich nicht eine Leistungsprämie gemeint, die ja gar nicht für alle reichen würde. Es kann danach nicht einfach zu Tagesordnung übergegangen werden, als ob nichts aufzuholen sei. **Das ist nicht so!**

Und ja, wir arbeiten im öffentlichen Dienst und sind nicht Soloselbständige oder in Kurzarbeit, wofür wir dankbar sind. Aber **wir leisten etwas für die Bürgerinnen und Bürger, für die gesamte Gesellschaft** und das muss mit der schnellstmöglichen Nachlieferung der fehlenden Stellen, einer Honorierung – uns ist fast egal wie – und einem Blick in die Zukunft, der Hoffnung auf Entlastung macht, anerkannt und geachtet werden.

Dazu gehören schnelle, unbefristete Einstellungen genauso wie eine deutliche Erhöhung der Ausbildungszahl in nahezu allen Bereichen. Und auch die von der DVG Hessen seinerzeit vorgeschlagene und vom Land übernommene Demographiebrücke muss deutlich mehr gelebt werden, wenn das Land Hessen an einem echten Wissenstransfer interessiert ist. Und das hoffen wir doch! **Die DVG Hessen bleibt jedenfalls auch hier am Ball.**

Der Wettbewerb um die besten Köpfe

und was das Leben und Arbeiten in den nächsten Jahren damit zu tun hat

Der Wettbewerb um die besten Köpfe hat gerade erst begonnen! Zwar hat die Pandemie dafür gesorgt, dass der öffentliche Dienst wieder etwas attraktiver für junge Menschen geworden ist; aber dieser Effekt wird nicht allzu lange anhalten. Das Land Hessen muss, wenn es weiter fähige und innovative Menschen gewinnen will, ein attraktiver Arbeitgeber sein bzw. bleiben. Daran hat das Land, jede Behörden- und jede Dienststellenleitung sowie letztlich jede und jeder Vorgesetzte ein eigenes vitales Interesse. Dabei müssen wir beachten, was junge Menschen von der Arbeitgeberseite erwarten.

Wir werden uns einsetzen für:

- **Voraussetzungslose Telearbeit bzw. mobiles Arbeiten in allen Dienststellen.** Gerade die letzten Monate haben bewiesen: die Landesverwaltung kann auch unter schwierigsten Bedingungen herausragend gute Arbeit leisten. Und zwar zu einem großen Teil auch aus dem „Homeoffice“ heraus. Es wäre ein Treppenwitz der Geschichte, diesen Schwung jetzt nicht mitzunehmen und zurück zu fallen in eine Präsenzkultur unter dem Motto „alle ins Büro“. **Wir fordern daher mobiles Arbeiten für alle, die es wollen und mit ihrer Tätigkeit können und die Ausweitung einer voraussetzungslosen Gewährung von Telearbeit!**

Unser Dachverband, der dbb Hessen, hat hierzu ein umfangreiches Informations- und Forderungspapier veröffentlicht, an dem die DVG Hessen maßgeblich mitgewirkt hat: <https://dvg-hessen.de/dbb-stellt-positions-papier-zum-homeoffice-vor>.

- **Verpflichtende Fortbildung für alle Führungskräfte zum „Führen auf Distanz“.** Jede Führungskraft muss im eigenen Interesse bei den Mitarbeitenden für einen guten Ausgleich zwischen Leben und Arbeit sorgen. Das stellt sie vor neue Herausforderungen, auf die sie sich vorbereiten müssen. Auch können damit leider weiterhin bestehende Vorbehalte abgebaut und auch einfache Techniken und Unterstützungen für einen unkomplizierteren und entspannteren Umgang gegeben werden. Das ist positiv für alle Beteiligten und der DVG Hessen wichtig!
- **Flexibler Umgang mit dem Lebensarbeitszeitkonto.** In jeder Dienststelle gibt es Phasen mit besonders viel Arbeit – auch das hat die Bewältigung der Pandemie gezeigt. Wenn schon Überstunden anfallen, sollten diese auch auf das Lebensarbeitszeitkonto gutgeschrieben werden. Bei dem Renten- und Pensionsalter von 67 Jahren für unsere jüngeren Leute im Landesdienst ist es wichtig eine Möglichkeit zu haben, ohne fiese Abschläge vorzeitig in Rente und Ruhestand gehen zu können. Wir wünschen uns das auch für die Tarifbeschäftigten, die von einer solchen Regelung auch profitieren könnten.
- **Gesundheitsmanagement in allen Dienststellen.** In jeder Dienststelle muss es eine verantwortliche Person für das Gesundheitsmanagement geben. In größeren Behörden mit mehr als 600 Mitarbeitenden soll dafür eine hauptamtliche Stelle geschaffen werden. Für die Koordination und Vernetzung in diesem Bereich sollte es eine zentrale Stelle geben. So können die Beschäftigten durch das Anbieten unterschiedlichster Maßnahmen, z. B. zum Stressabbau, aktiv unterstützt werden. Damit der Wille zur Gesunderhaltung der Beschäftigten deutlich sichtbar wird, soll das Land nach unseren Vorstellungen wie andere Arbeitgeber Sportprogramme anbieten und sich z. B. an den Kosten für Fitnessstudios beteiligen.

Versprochen – Gehalten

Die Besoldungsklage des dbb Hessen geht in die entscheidende Runde

Manche Themen begleiten uns leider Jahre, die Besoldungsklage gehört dazu und wir sind auch überrascht, dass es noch keine Entscheidung gibt. **Doch es gibt Hoffnung!**

Ein wichtiges Thema der letzten Personalratswahl 2016 war die Klage des dbb Hessen gegen die Besoldungsnullrunde 2015 bzw. die Besoldungsdeckelung auf ein Prozent. Der dbb Hessen ist nach wie vor der festen Meinung, dass durch diesen besoldungspolitischen Kahlschlag der verfassungsmäßig garantierte Grundsatz der amtsangemessenen Besoldung verletzt wird.

Daher hat der dbb Hessen im Januar 2017 für drei Musterklagende aus den Mitglieds-gewerkschaften Besoldungsklage bei den Verwaltungsgerichten in Wiesbaden, Frankfurt und Darmstadt eingelegt. Das hat gedauert, weil erhebliche Vorarbeiten zu leisten waren, die wir nicht gescheut haben. Eines dieser Verfahren ist seit Mitte 2018 beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel anhängig. Vertreten wird er dbb Hessen durch den renommierten Staatsrechtler Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis aus Berlin.



Die angegriffene Unteralimentation hat sowohl in Hessen, als auch in anderen Bundesländern für Aufsehen gesorgt. Denn während wir fest davon überzeugt sind, dass die Höhe der hessischen Beamtenbesoldung verfassungswidrig ist, hielt ver.di die Klagen für aussichtslos und belächelte unsere Anstrengungen. Mittlerweile wird jedoch deutlich, dass es sich hierbei um eine Fehleinschätzung handelte und reines Abwarten keine Gesetzesänderung bringt.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 4.Mai 2020 in einem neuen Grundsatzurteil zur Beamtenbesoldung im Bundesland Berlin

die hessische Argumentation zur Unteralimentation der hessischen Beamten bestätigt, sodass wir noch in diesem Jahr 2021 mit einer im Kern positiven Entscheidung des hessischen Verwaltungsgerichtshofs rechnen. Mit einem positiven Urteil wird sich der Handlungszwang der hessischen Landesregierung und des hessischen Landtages drastisch erhöhen.

Gleichzeitig arbeitet der dbb beamtenbund und tarifunion daran, dass einer völlig unterschiedlichen Umsetzung in den Besoldungstabellen in Bund und Ländern aktiv entgegengewirkt wird. **Auch das ist eine schon lange erhobene Forderung der DVG Hessen, denn die Leistungen der Beamtinnen und Beamten in den Ländern sollten überall auch gleich viel wert sein!**

Die DVG Hessen und der dbb Hessen werden auch in Zukunft dafür kämpfen, dass das Land Hessen als Dienstherr die Leistungen ihrer Beamtinnen und Beamten finanziell fair anerkennt nicht weiter von der allgemeinen Einkommensentwicklung abhängt. Die tatsächlich geschuldete Besoldung soll für die Vergangenheit nachgezahlt und für die Zukunft gewährt werden. Ein Absenken des Besoldungsniveaus durch Nullrunden und Besoldungsdeckelung darf sich nicht wiederholen.

Vor allem muss dafür gesorgt werden, dass für die hessischen Beamtinnen und Beamten durch diese Klagen bei der Landesregierung die Einhaltung einer gesetzeskonformen Besoldung erzwungen wird.

Durch eine erfolgreiche Besoldungsklage werden letztendlich auch die Tarifbeschäftigten profitieren. Auch hier liegen die Tariflöhne – gerade am unteren Ende der Tabelle – hinter dem Erwartbaren zurück.

DVG Hessen: Wir jammern nicht - wir klagen.

Personalratswahlen 2021

Auch hier hat Corona für eine Verschiebung in das Jahr 2021 und für die Einführung von elektronischer Abstimmungsmöglichkeiten gesorgt. Zum Schutz aller Beteiligten finden die Personalratssitzungen überwiegend per Skype oder Telefonkonferenzen statt. Das ist zwar anstrengend, ändert aber nichts an unserem Engagement.

Als Ihre gewerkschaftliche Interessenvertretung gestalten wir gemeinsam mit Ihnen die Zukunft der Verwaltung in Hessen aktiv mit.

Bitte unterstützen Sie uns dabei. Damit Sie wissen von wem wir reden, erhalten Sie einen **Überblick über unsere jeweils ersten drei Kandidatinnen und Kandidaten:**

im RP Darmstadt				
Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmer-innen		
Frauen	Dez.	Frauen	Dez.	
1	Ingelore Steuernagel	öPR / I 13	Karin Heiderstädt	III 32
2	Jutta Agricola	IV/WI 42	Kathrin Kozyra	IV/F 42
3	Britta Schneider	III 34	Stefanie Becker	II 21
Männer		Männer		
1	Marco Domann	IV/WI 42	Udo Steinbeck	I 14
2	Stefan Ludwig	IV/F 43.4	Thomas Diehl	IV/DA 41.1
3	Wolfgang Zwach	IV/DA 41.1	Werner Kaufmann	IV/DF 45.3
im RP Gießen				
Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmer-innen		
Frauen	Dez.	Frauen	Dez.	
1	Julika Lückel	I 13	Nikol Sahin	VII 77
2	Jennifer Christ	II 23	Elke Neusser	VII 75
3	Annika Schmidt	III 32	Katrin Becker	III 31
Männer		Männer		
1	Christian Knoll	öPR	Achim Schomber	VII 75
2	Christoph Volk	V 51.3	Volker Rinn	V 51.3
3	Benjamin Schäfer	I 11.1	Marc Liebermann	VII 75

im RP Kassel				
Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmer-innen		
Frauen	Dez.	Frauen	Dez.	
1	Melihat Coskun	öPR	Nicole Martins	26
2	Julia Börner	41	Kathrin Nekrasov	11
3	Carola Schütt	22	Tanja Konitzer	57
Männer		Männer		
1	Niclas Schilke	11	Tugay Sahin	12
2	Meik Krüger	22	Udo Volland	32.1
3	Lars Hellwig	26	Dirk Volkwein-Groh	12

im örtlichen Personalrat beim HMdIS:				
Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmer-innen		
Nr.	Frauen	Abt.	Frauen	Abt.
1	Nina Leuer	VII	Katharina Herbert	VII
2	Andrea Metje	LPP	Anja Wittek	Z
3	Anja Blöcher	Z	Nancy Osborne	LPP
Männer		Männer		
1	Matthias Schmidt	Z	Maximilian Lauffs	VII
2	Christoph Alt	Z	Patrice Vietor	I
3	Jens Bibo	VII	Cedric Crecelius	VII

im Hauptpersonalrat beim HMdIS:				
Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmer-innen		
	Frauen	D-Stelle	Frauen	D-Stelle
1	Julika Lückel	RP GI	Cornelia Scholz	RP KS
2	Melihat Coskun	RP KS	Nina Miller	RP GI
3	Julia Egler	RP DA	Karin Heiderstädt	RP DA
	Männer	D-Stelle	Männer	D-Stelle
1	Ralf Wagner	RP DA/WI	Thomas Diehl	RP DA
2	Alexander Schmid	RP DA/F	Michael Natzinger	HBS
3	Niclas Schilke	RP KS	Thomas Schardt	HMdIS

in der Haupt-JAV beim HMdIS				
	Frauen	D-Stelle	Männer	D-Stelle
1	Sophia Weiß	RP DA	Jan-Henrik Bachmann	RP KS
2	Jessica Hadrossek	RP KS		
3	Dilara Disli	RP DA		

im HPR beim HKM				
Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmer-innen		
	Frauen	D-Stelle	Frauen	D-Stelle
1	Dr. Sandra Gentsch	SSA MKK	Birgit Vogler	SSA GI
2	Susan Mommsen	HKM	Patrizia Kniese	SSA FZ
3	Isabelle Senf	SSA SEWF	Simone Mandler	SSA HTW
	Männer	D-Stelle	Männer	D-Stelle
1	Bernhard Schmidt	SSA GI	Ewald Bark	SSA MR
2	Matthias Höfeld	SSA SEWF		
3	Sören Mayer	HLA		

in der HJAV beim HKM				
	Frauen	D-Stelle	Männer	D-Stelle
1	Silvia Kaplan	SSA GI	Serhat Cevik	SSA HTW
2	Shemsan Lahdo	SSA GI		

Unsere DVG-Teams in den Personalräten stehen für

- eine Digitalisierung der Verwaltung, bei der der Mensch im Vordergrund steht!
- Ein fortentwickeltes, modernes Hessisches Personalvertretungsrecht mit Stärkung der Mitbestimmung!
- Einen modernen Tarifvertrag mit einer leistungsgerechten Vergütung und gerechten Höhergruppierungsmöglichkeiten für die Tarifbeschäftigten!
- Wir stehen für ein modernes Dienstrecht mit verlässlichen Karrierechancen, Ausschöpfung der Beförderungsmöglichkeiten und leistungsgerechter Besoldung!
- den aktiven Schutz der Beschäftigten vor gewaltsamen Übergriffen!
- für die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf!

Weitere Informationen über Themen und Personen finden Sie zeitnah auf unserer Internetseite unter www.dvg-hessen.de/personalratswahl-2021

Impressum: Deutsche Verwaltungsgewerkschaft Hessen, Geschäftsstelle DVG Hessen, Hilpertstraße 20, 64295 Darmstadt, Telefon 06151 / 27 90 558, Telefax 06151 / 27 90 559, mail@dvg-hessen.de

Bild Seite 5: dbb Hessen

V.i.S.d.P.: Melihat Coskun, Julika Lückel, Landesvorsitzende,
 Redaktion: Melihat Coskun, Julika Lückel, Janna Melzer, Philipp Mierzwa, Reinhold Petri, Bernhard Schmidt, Matthias Schmidt, Ingelore Steuernagel.